



**University of
Zurich**^{UZH}

**Zurich Open Repository and
Archive**

University of Zurich
University Library
Strickhofstrasse 39
CH-8057 Zurich
www.zora.uzh.ch

Year: 2021

China will die Welt Neu Ordnen

Grano, Simona Alba

Posted at the Zurich Open Repository and Archive, University of Zurich
ZORA URL: <https://doi.org/10.5167/uzh-201997>
Published Research Report
Published Version

Originally published at:
Grano, Simona Alba (2021). China will die Welt Neu Ordnen. Zürich: UZH Magazine.

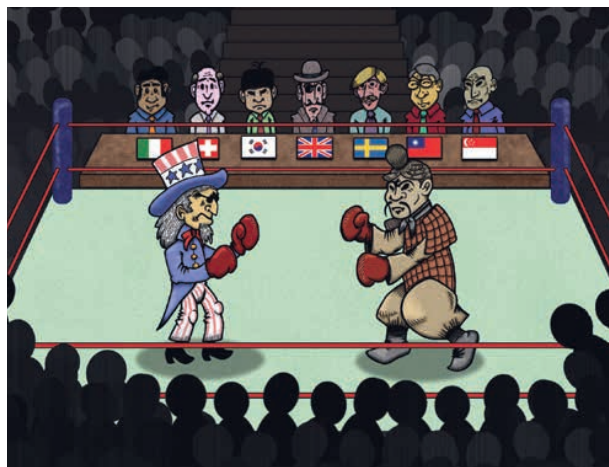
China will die Welt neu ordnen

China entwickelt sich zu einer weltpolitischen Supermacht, die sich in die Innenpolitik und Kultur anderer Länder einmischt. Es sei höchste Zeit, eine echte Auseinandersetzung über die zukünftige Haltung der Schweiz gegenüber China zu beginnen und Menschenrechtsfragen dabei stärker zu gewichten, sagt die Sinologin Simona Grano.

Text: Simona Grano
Illustration: Simone Cossu

«Wenn China sich eines Tages ändern wird und sich in eine Supermacht verwandeln sollte, sich als Tyrann der Welt aufspielen und andere Länder mit Mobbing, Aggressionen und Ausbeutung behandeln würde, dann sollte die Weltgemeinschaft es als sozialimperialistische Macht identifizieren, entlarven und gegen es aufbegehren.» Mit diesen Worten versuchte Deng Xiaoping der Uno-Generalversammlung noch im Jahr 1974 klarzumachen, dass das kommunistische China keine hinterhältigen Ansprüche auf den Rest der Welt hegte. Innerhalb der wenigen Jahrzehnte, die seither vergangen sind, hat sich China aber von einem eher marginalen Mitglied der internationalen Gemeinschaft zu einer regionalen Grossmacht entwickelt und ist gerade dabei, eine wichtige Weltmacht zu werden. Und nun erlebt die Welt gar eine neue Version des Kalten Krieges, in der sich China und die USA als Kontrahenten gegenüberstehen.

Seit Donald Trumps Antritt als US-Präsident sind die schon länger bestehenden Reibereien zwischen den beiden Staaten immer schwerwiegender geworden. Ein Handels- und Zollkrieg, technologischer Wettbewerb, immer neue Anschuldigungen sowie gegenseitiges Misstrauen führen dazu, dass das Verhältnis zwischen China und den Vereinigten Staaten einen Tiefpunkt erreicht hat, seit die Länder ihre offiziellen Beziehungen im Jahr 1979 wiederaufgenommen haben. Während die bisherigen Streitpunkte aber hauptsächlich wirtschaftli-



cher Natur waren, hat der Konflikt zwischen den beiden Ländern nun, seit der Covid-19-Pandemie, eine ideologische Schattierung dazugewonnen.

Interessant wird sein, wie sich das Verhältnis der beiden Länder mit dem neuen US-Präsidenten Joe Biden entwickeln wird. Wird eine neue Regierung den amerikanischen Trend zur «Distanzierung» von China weiter beschleunigen oder vielmehr die Spannungen entschärfen? Zugleich wissen wir weder, was die Zukunft für Taiwan bereithält, das von Chinas aggressiver Haltung immer mehr bedroht wird, noch, wie sich US-Verbündete wie Japan, Südkorea, Australien, aber auch die europäischen Nationen in dem zunehmend spannungsreichen Konflikt positionieren werden.

Genau diesem Thema widmete sich die Konferenz «Small, Medium and Great Powers' Response to US-China Strategic Competition: Neutrality, Choosing Sides, or Bandwagoning», die das Asien-Orient-Institut der Universität Zürich am 4. und 5. Dezember 2020 organisierte. Im Mittelpunkt standen kleine und mittlere Länder wie die Schweiz, Schweden, Singapur, Taiwan, Korea, Italien, Japan und Grossbritannien. Ganz genau und bis in personelle Verflechtungen hinein wurde analysiert, wie stark westliche Eliten heute schon mit der KP Chinas verbunden sind und welche Strategien und Positionen diese Länder in Zukunft anwenden werden, um mit den beiden Supermächten umzugehen. Werden sie sich für eine Seite entscheiden, neutral bleiben oder mit der stärkeren Supermacht zusammenarbeiten? Konkret wurden die China-Politik der Schweiz und der steigende

direkte und indirekte Einfluss Chinas auf verschiedenen Ebenen untersucht. Die Schweiz, die sich wie viele andere Staaten privilegierter Beziehungen zur Führung in Peking rühmt, gilt oft als Türöffner Chinas in Europa.

Autoritäres Auftreten

Als kleines demokratisches Land mit grossem wirtschaftlichen Interesse an China wird die Schweiz wahrscheinlich nicht offen Partei für die eine oder andere Seite ergreifen. Bereits seit 1950 pflegen die Schweiz und die Volksrepublik China bilaterale Beziehungen, die in den letzten Jahren stark intensiviert wurden. Im Gegensatz zu den USA, die China schon länger als Akteur auf der weltpolitischen Bühne sehen, hat die Schweiz China bis vor kurzem durch die wirtschaftspolitische Brille betrachtet. Erst die Proteste in Hongkong im vergangenen Sommer sowie die gegenwärtige Corona-Pandemie haben dazu geführt, dass man sich auch hierzulande vermehrt mit der Frage beschäftigt, wie man in der Zukunft mit China umgehen soll.

Die Schweiz sollte dabei zur Kenntnis nehmen, dass das Land seit 2012 seinen Nachbarländern und anderen Nationen der Welt gegenüber weit autoritärer und aggressiver auftritt als zuvor. Für Jahrzehnte war Chinas Aussenpolitik gezielt auf Nichteinmischung festgelegt. In der Uno galt das Land nie als ordnende Macht, trotz permanentem Sitz im Sicherheitsrat. Dies scheint nun Geschichte zu sein. In den letzten Monaten hat die chinesische Führung keine Gelegenheit ausgelassen, sich als Garant einer multilateralen Ordnung darzustellen. Und hier liegt das Problem, galten doch multilaterale Organisationen traditionell als Schutzdach vor allem für kleinere Länder wie die Schweiz.

Unter der Regierung von Donald Trump haben sich die USA immer stärker aus multilateralen Gremien zurückgezogen. Das entstandene Vakuum hat China zu eigenen Zwecken genutzt. China bezeichnet sich nun selbst als Weltordnungsmacht und lobt vermehrt den Multilateralismus. Doch um welche Art des Multilateralismus handelt es sich hierbei, und welche Ziele hat Peking? Entwickelt sich das Land zu einer revisionistischen Macht, die gerade versucht, die bestehende Weltordnung zu transformieren, um seine eigenen Grossmachtinteressen voranzutreiben? Oder als revolutionäre Macht, die versucht, die bestehende Ordnung zu entwurzeln und durch eine andere zu ersetzen – mit einer parallelen diplomatischen, wirtschaftlichen, kulturellen und sicherheitspolitischen Präsenz auf der ganzen Welt?

Liberaler Staaten untergraben

Im neuen Kalten Krieg zwischen China und den USA geht es weniger darum, den Sieger zu krönen, als vielmehr darum, den Unterschied der konträren Positionen beider Mächte zu verwischen und so das chinesische System international aufzuwerten. Ziel der KP Chinas ist es, das eigene autoritäre System als gleichwertig mit dem liberal-demokratischen darzustellen, indem etwa seine Wirksamkeit bei der Lösung der Corona-Krise hervorgehoben wird. Mit dem Ziel, die beiden Systeme als gleichwertige Alternativen erscheinen zu lassen.

In anderen Worten: Die tatsächliche Einmischung in die Innenpolitik und Kultur anderer Länder unter Xi Jinpings Führung und die verstärkte Propagierung eines positiven Chinabildes und der Standpunkte Chinas sind Teil einer Strategie zur Schaffung einer neuen Weltordnung. Diese Strategie wird auf zwei Wegen verfolgt. Einerseits versucht China, bereits bestehende Institutionen und liberale Staaten von innen heraus zu untergraben; andererseits versucht das Land, ein paralleles System mit getrennten wirtschaftlichen, kulturellen und sicherheitspolitischen Präsenzen neben dem westlichen System aufzubauen.

China bezeichnet diese neue Weltordnung als «Neue Art der internationalen Beziehungen» oder – bezeichnenderweise – als «Neue Art von Grossmachtbeziehungen». In den Worten des Philosophen Clive Hamilton und der Sinologin Mareike Ohlberg: «[...] China unterwandert westliche Demokratien und ordnet die Welt neu.» Der berühmte Satz von Deng Xiaoping «Verstecken wir unsere Fähigkeiten und warten auf unsere Zeit», der Chinas Position und Haltung gegenüber der Welt in den achtziger Jahren widerspiegelte, scheint längst vorbei zu sein.

Deswegen ist es legitim, zu fragen, ob kleine Staaten weiterhin auf multilaterale Mechanismen vertrauen können, die traditionell als optimal für sie angesehen wurden, um Grossmächte zurückzuhalten. Man neigt zur Annahme, das multilaterale System eigne sich für die Umsetzung liberaler Werte wie Freiheit oder Demokratie. Dies dürfte sich mit dem neuen China ändern. Doch: Braucht die Welt einen Multilateralismus chinesischer Prägung?

Schweigsame Schweizer

Gute Wirtschaftsbeziehungen hatten in der Schweiz im Verhältnis zu China lange Priorität. Menschenrechtsfragen wurden dem hintangestellt. Das war nicht immer so: Das Tiananmen-Massaker von 1989 hat man hierzulande sehr wohl mitbekommen. Und mit der grossen exiltibetischen Gemeinde im Land weiss man sehr gut, welch heisse Kartoffel das Regime in Peking darstellt. Schweizer Politiker, Forscher und Führungskräfte haben sich bis Anfang 2000 sichtbar für das von China besetzte Tibet engagiert. Als sich später die Wirtschaftsbeziehungen zu Peking intensivierten, verschwand das Thema aus der Öffentlichkeit. Bisher liess es sich vermeiden, die Beziehungen genauer zu definieren – in der Hoffnung, dass das Prinzip «Wandel durch Handel» funktioniert. Leider hat sich spätestens unter Xi Jinping das Ganze als Illusion erwiesen. So ist der steigende direkte und indirekte Einfluss Chinas auch in der Schweiz auf verschiedenen Ebenen zu spüren. Nun müsste man politisch über die Bücher, aber es sind viele wirtschaftliche Interessen im Spiel.

Zwischen der Schweiz und China gibt es seit 2014 ein Freihandelsabkommen. Firmen aus beiden Ländern können seither Güter und Produkte zollfrei oder zu stark reduzierten Abgaben ein- und ausführen. Der Zugang zum chinesischen Markt hat sich damit für Schweizer Firmen stark vereinfacht. Kein Wunder, ist die Schweiz in Bezug auf Menschenrechtsanliegen schweigsam geworden. Denn auch die chinesische Belt-and-Road-Initiative hat man im Auge. Das global ausgerichtete Infra-

Ziel der KP Chinas ist es, das eigene autoritäre System als gleichwertig mit dem liberal-demokratischen darzustellen.

strukturprojekt ist ein ambitionierter Plan, den Aufstieg Chinas als wirtschaftliche und politische Supermacht des 21. Jahrhunderts zu zementieren. Im April 2019 weilte Bundesrat Ueli Maurer mit einer Finanz- und Wirtschaftsdelegation in Peking und diskutierte mit Xi Jinping, welche Rolle die Schweiz in dem Projekt spielen könnte. Auch ein Memorandum of Understanding betreffend Zusammenarbeit der Schanghaier und der Zürcher Börse wurde unterzeichnet. Bei seinem Besuch als Bundespräsident 2013 hatte Maurer das Massaker auf dem Tiananmen-Platz als «Geschichte» bezeichnet – man könnte darunter «längst den Strich ziehen».

Dazu passt, dass die erste Auslandsreise von Wirtschaftsminister Guy Parmelin im Frühling 2020 nach Peking hätte führen sollen – sie wurde in letzter Sekunde aus epidemiologischen Gründen annulliert. Sie wäre ein enormer Erfolg für die chinesische Propaganda gewesen, die nach dem Debakel der Corona-Krise dringend nach

Erfolgen sucht. Wenn die Schweiz als demokratisches und wirtschaftlich erfolgreiches Land sich in dieses Propagandanarrativ einspannen liesse, wäre dies ein Zeichen mit internationaler Ausstrahlung. Es besteht die Gefahr, sich ungewollt als Sprachrohr chinesischer Staatspropaganda wiederzufinden.

Koordinierte China-Politik gefragt

Mit der zunehmenden wirtschaftlichen Verflechtung begibt sich die Schweiz in die Abhängigkeit einer Supermacht, die ganz andere Werte vertritt als das pluralistische Land. China ist ein autoritärer Einparteiensstaat; im Kern geht es der Regierung vor allem darum, den sozialen Frieden – und damit die Stellung der Partei – nicht zu gefährden. Dazu kommt, dass China mit dem Projekt der Neuen Seidenstrasse in viele europäische Länder eindringt, wichtige Einrichtungen kauft und neue Abhängigkeiten schafft. Gerade weil in jüngster Zeit verbale

Die App für deine Säule 3a.

Developed by  Zürcher Kantonalbank

Du hast es in der Hand.



50.-
Gutschein* auf
deine Gebühren.
Gutscheincode:
UZH

So funktioniert's:

1. App downloaden
2. Säule 3a vollständig digital und in wenigen Minuten eröffnen
3. Gutscheincode in der App eingeben und Gebühren sparen
4. frankly entdecken, erste Einzahlung tätigen und deine bestehende 3. Säule transferieren



*Nur für frankly Neukunden bei erster Kontoeröffnung innerhalb von 48 Stunden gültig. Code ist nicht kumulierbar mit anderen Gutscheinodes. Einlösbar bis 30.06.2021. Es handelt sich hierbei um Werbung für eine Finanzdienstleistung.
© 2020 Vorsorgestiftung Sparen 3 der Zürcher Kantonalbank

frankly.

Aggressionen und Bedrohungen gegenüber Taiwan und anderen Ländern zunehmen, aber auch angesichts des Vorgehens in Hongkong und der jüngsten Enthüllungen über Internierungslager für Uiguren ist es an der Zeit, eine echte Auseinandersetzung über die zukünftige Haltung der Schweiz gegenüber China zu beginnen – und Menschenrechtsfragen dabei endlich stärker zu berücksichtigen.

Seit einem halben Jahr beobachtet man einen Kurswechsel, was die China-Politik der Schweiz angeht. Bundesrat Cassis hat im August 2020 im Gespräch zu China eine klare Position bezogen und deutlich gemacht, dass die Schweiz ihre Interessen und Werte robuster vertreten muss, etwa durch die Stärkung des internationalen Rechts und des multilateralen Systems, da die Menschenrechtsverletzungen in China massiv zugenommen haben. Kurz danach reagierten Politikerinnen und Vertreter von NGOs indigniert über ein Abkommen zwischen Bern und Peking, das im August 2020 publik gemacht wurde. Die Vereinbarung regelte das Prozedere, die Identität von Chinesen abzuklären, die mutmasslich die Kriterien für politisches Asyl nicht erfüllen. Chinesische Akteure sollen ihre Landsleute, die sich ohne legalen Status in der Schweiz aufhalten, ausfragen und bei der Rückschaffung unterstützen dürfen.

Die Vereinbarung ist im Dezember 2020 ausgelaufen und nach einer Intervention von Schweizer Parlamentariern steht die Verlängerung des Abkommens aus. Jüngst nahm das Parlament auch einen Vorstoss für die

Einführung einer staatlichen Investitionskontrolle an, der sich vor allem gegen China richtet. In den letzten Jahren ist also die Stimmung in Sachen China gekippt. Im Eidgenössischen Aussendepartement arbeitet man momentan an einer neuen China-Politik.

Als aufstrebende Macht ist China in eine besonders heikle Phase eingetreten: Es hat die Fähigkeit erlangt, die bestehende Ordnung zu stören, sein Handlungsfenster könnte aber trotzdem bald kleiner werden. Das Kräfteverhältnis hat sich in wichtigen Bereichen des US-chinesischen Wettbewerbs wie dem Konflikt in der Taiwanstrasse und dem Kampf um globale Telekommunikationsnetze zugunsten Pekings verschoben. China ist mit einer ausgeprägten wirtschaftlichen Abkühlung und wachsendem internationalem Widerstand konfrontiert. Sein offensives Auftreten ist auch ein Zeichen der inneren Schwäche.

Es ist daher wichtig, dass gleichgesinnte Nationen zusammenhalten und im Hinblick auf eine Vielzahl von Fragen weiterhin Druck machen. Neutralität ist gegen das transnationale Engagement der KP Chinas unwirksam. Die Schweiz sollte einen Weg finden, die Werte einer liberalen Demokratie energischer zu vertreten und gleichzeitig ihre wirtschaftlichen Interessen zu sichern. Wichtig ist, dass die sieben Departemente und die 26 Kantone eine kohärente und koordinierte China-Politik aufsetzen und verfolgen.

PD Dr. Simona Grano ist Sinologin und wissenschaftliche Mitarbeiterin am Asien-Orient-Institut der Universität Zürich; simona.grano@aoi.uzh.ch

Landesmuseum Zürich.

FRAUEN
RECHTE

Schweizerische Eidgenossenschaft
Confédération suisse
Confederazione Svizzera
Confederaziun svizra

Eidgenössisches Departement des Innern EDI
Département fédéral de l'intérieur DFI
Dipartimento federale dell'Interno DFI

Bis 18.7.21